

Eigene Autoproduktion

Indonesien wird eine eigene nationale PKW-Fabrikation aufbauen. Den Zuschlag für dieses Projekt erhielt ein Joint-Venture zwischen dem zweitgrößten Autohersteller Südkoreas KIA (30%) und Timor Putra Nasional (70%), einer Holdingfirma, die von dem Suharto-Sohn Hutomo "Tommy" Mandala Putra kontrolliert wird. Die neugegründete Gesellschaft Kia-Timor Motor wird als einziges Unternehmen am Nationalen Automobilprogramm teilnehmen und einen sog. "Pionierstatus" genießen. Dieser ist mit außergewöhnlichen Privilegien, vor allem aber mit weitreichenden Zollerleichterungen für importierte Komponenten verbunden, die es den Produzenten ermöglichen sollen, einen PKW zu einem "erschwinglichen" Preis (35 Mio. Rp.) anzubieten. Dafür verpflichten sie sich, den Anteil der in Indonesien produzierten Teile in den nächsten drei Jahren auf 60% zu steigern. Die Bevorzugung Tommy Suhartos durch das Nationale Automobilprogramm ist nur das jüngste Beispiel für die hemmungslose Vettern- und Günstlingswirtschaft der niedergehenden Suharto-Ära.

vgl. FEER 14.3.1996

Sondertruppe der ABRI

Die indonesische Armee ABRI wird eine 2000 Mann starke Sondertruppe aufstellen, um die Anlagen des Bergbaukonzerns Freeport zu schützen, der in den vergangenen Monaten wegen flagranter Umweltvergehen und Verletzung der Menschenrechte der Papuas in die Schußlinie geraten war. Zuletzt war Freeport im März im Zusammenhang mit dem Tod dreier Demonstranten in Timika in die Schlagzeilen gekommen. Die Truppe besteht aus 980 Mann, die ständig in Tembagapura und Timika stationiert sein werden, und einer 870 Mann starken mobilen Einsatzgruppe. Die laufenden Kosten für die Unterhaltung der Truppen werden von Freeport übernommen.

vgl. FEER, 18.4.1996

Pakpahan erneut vor Gericht

Gegen Mughtar Pakpahan, Gründer des Gewerkschaftsverbandes SBSI, wird erneut vor dem Landgericht in Medan verhandelt. In einem in der indonesischen Rechtsgeschichte einmaligen Fall, hat die Staatsanwaltschaft ein Wiederaufnahmeverfahren beantragt. Pakpahan war im Zusammenhang mit den Arbeiterunruhen in Medan im April 1994 wegen Unruhestiftung und Aufstachelung zur Gewalt zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden, die in der Berufungsinstanz sogar noch erhöht wurde. Daraufhin hatte Pakpahan das Oberste Gericht in Jakarta angerufen, das ihn freisprach. Die Staatsanwaltschaft sieht einen aVerfahrensfehler im Urteil des Obersten Gerichts, da es die Vorwürfe gegen Pakpahan zwar als erwiesen angesehen, aber keine Verurteilung ausgesprochen habe.

vgl. *Republika* 30.4.1996

Geiselnahme in Irian Jaya beendet

In einer gewaltsamen Aktion hat die Sondereinsatztruppe KOPASSUS am 16.5. die Geiselnahme von Mapenduma in Irian Jaya beendet. Bei der Aktion wurden neun der Geiseln (eine Niederländerin und ein Niederländer, vier Briten und drei Indonesier) befreit und 8 der Geiselnahmer getötet. Zwei weitere indonesische Geiseln konnten nur noch tot geborgen werden. Sie sind nach Armeeangaben von den Geiselnahmern der Bewegung Freies Papua (OPM) durch Messerstich getötet worden. Die Entführung der Angehörigen der Lorentz-Expedition fand Anfang Januar im Baliem-Tal statt. Anfänglich hatten sich der katholische Bischof von Jayapura und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) um eine Freilassung bemüht. Die Anzeichen für ein gewaltsames Vorgehen der ABRI verstärkten sich Anfang Mai als sich das IKRK als Vermittler zurückzog und Elitesoldaten ins Baliem-Tal verlegt wurden.

vgl. *KOMPAS Online* 10.5., 17.5.1996

Tod Frau Suhartos

Am Morgen des 28. April starb im Alter von 73 Jahren Raden Ayu Siti Hartinah, besser bekannt unter dem Namen Ibu Tien Suharto, in Jakarta an einem Herzversagen. Die Präsidientengattin, die dem Haus Mangkunegaran, einer Seitenlinie der Sultansdynastie von Surakarta entstammt, wurde auf dem Komplex der Sultansgräber unweit Surakarta beigesetzt. Dort hatte sich Ibu Tien schon zu Lebzeiten in unmittelbarer Nähe zum Grab des Dynastiegründers Mangkunegara I. eine Familiengruft errichten lassen, in der wohl auch der Präsident selbst seine letzte Ruhestätte finden wird. In Indonesien wurde eine einwöchige Staatstrauer ausgerufen; die Fahnen wurden auf Halbmast gesetzt und die Ansagerinnen aller Fernsehstationen traten in Schwarz vor die Kameras. Kritik wurde in Indonesien nicht nur an der Staatstrauer geübt, sondern vor allem an dem Staatsbegräbnis, daß Ibu Tien erhielt, obwohl sie kein politische Amt innegehabt hatte.

vgl. *Forum Keadilan* 20.5.1996

Indonesischer Flugzeughersteller in Deutschland

Der indonesische Flugzeughersteller IPTN, dessen Direktor Forschungs- und Technologieminister Habibie ist, wird in der BRD eine Tochterfirma gründen. Sitz der neuen Gesellschaft mit dem Namen IPTN-Europa GmbH wird Lemwerder bei Bremen sein. Hauptaufgabe ist die Vermarktung der IPTN-Produkte, zu denen neben Hub-

schaubern auf MBB-Lizenz seit dem letzten Sommer auch das Kurz- und Mittelstreckenpassagierflugzeug N-250 gehört. Darüber hinaus soll die Tochterfirma das Lizenzierungsverfahren der N-250 für den europäischen Markt beim Luftfahrtbundesamt in Braunschweig betreiben. Auf der gleichen Pressekonferenz wurde auch die Unterzeich-

nung eines Kooperationsabkommens zwischen der DASA und IPTN bekanntgegeben. IPTN wird für die Daimler-Benz-Tochterfirma Bauteile für die Airbus-Modelle A-330 und A-340 im Wert von 12 Mrd. Rp. (ca. 8 Mio. DM) herstellen.

vgl. *REPUBLIKA Online* 1.5.1996



FEER-Karikatur: "Der indonesische Präsident Suharto drängt alle Bürger, Anteile am ersten selbstproduzierten Düsenflugzeug der Nation zu erwerben."

aus: FEER v. 18.4.96, S. 11

Unabhängige Wahlbeobachtungskommission gegründet

Am 15. März haben führende Oppositionelle in Jakarta eine Unabhängige Wahlbeobachtungskommission (Komitee Independen Pemantauan Pemilu - KIPP) gegründet. Die Organisation, die mittlerweile zahlreiche Partnerorganisationen in ganz Indonesien hat, wird vom ehemaligen TEMPO-Chefredakteur Goenawan Mohamad als Vorsitzendem und dem Kriminologen und LBH-Aktivistin Mulyana W. Kusumua als Generalsekretär geführt. Dem Kuratorium der Organisation gehören verschiedene prominente Personen an, u.a. Ali Sadikin (Petisi 50) und Nurcholish Madjid (führende islamischer Intellektueller, Yayasan Paramadina, ICM).

Ziel von KIPP ist es, mit Hilfe von NRO in ganz Indonesien eine flächendeckende Organisation aufzubauen, mit dem der gesamte Prozeß der Wahlvorbereitung bis zur im Mai kommenden Jahres stattfindenden Parlamentswahl zu begleiten und zu beobachten. In der Gründungserklärung wird darauf hingewiesen, daß sich KIPP als eine Initiative von Bürgern versteht, die sich

nicht in Konkurrenz zur staatlichen Wahlkontrollkommission (Panwaslak Pemilu) unter dem Generalstaatsanwalt Singgih sieht. Sie will sich deshalb auch keine exekutiven Funktionen oder Sanktionsvollmachten anmaßen, sondern sieht ihre Aufgabe allein darin, die Vorbereitungen der Wahl (Erstellung der Wahlregister, Einrichtung der Wahllokale etc.) bis zur Auszählung der Stimmen zu beobachten und eventuelle Unregelmäßigkeiten an die zuständigen Behörden zu melden.

Die Gründung von KIPP hat in Indonesien eine innenpolitische Kontroverse entfacht. Führende Mitglieder der beiden "Oppositions"parteien PDI und PPP, u.a. Megawati Sukarnoputri und Hasan Metareum, begrüßten die Existenz von KIPP und würdigten sie als einen Beitrag zur Demokratisierung des Landes. Kritische Stimmen wurden in der GOLKAR und aus Kreisen der Armee laut. Der Tenor der Kritik beruht sich auf angebliche verfassungsrechtliche Bedenken, da KIPP ein völliges Novum sei, das sich außerhalb der bestehenden Rechtsord-

nung befinde. Es gebe keine gesetzliche Grundlage für die Existenz einer solchen unabhängigen Beobachterkommission. Führende Militärs haben die indonesischen Bürger aufgefordert, KIPP nicht zu unterstützen. Besonders GOLKAR hat sich mit der Ablehnung hervorgetan. Der als Staatspartei fungierende Verband funktioneller Gruppen muß befürchten, bei korrekt durchgeführten und ausgezählten Wahlen nicht mehr die bisher üblichen Zweidrittelmehrheiten erreichen zu können. Bereits bei der letzten Wahl im Mai 1992 waren Vorwürfe massiver Wahlmanipulation gegen GOLKAR erhoben worden.

Neben der politisch-rhetorischen Kritik hat es in verschiedenen Städten Indonesiens unterschiedliche Aktionen gegen KIPP-Gründungen und KIPP-Aktivistinnen gegeben. An mehreren Orten haben sich im Schutze von GOLKAR und anderer politischer Organisationen Gegengruppen zu den Wahlbeobachterkommissionen gegründet, die unbehelligt von den Sicherheitsorganen Demonstrationen und öffentliche

Versammlungen abhalten konnten. Dabei ist es auch zu gewaltsamen Angriffen auf Häuser von KIPP-Aktivistinnen gekommen. In manchen Fällen wurden ihre Versammlungen entweder nicht genehmigt oder aufgelöst. Den bisherigen Höhepunkt scheint diese Gegenbewegung Ende April gefunden zu haben. In der Nacht vom 21. auf den 22. April wurde das Gebäude des Rechtshilfeinstituts LBH in Medan durch einen Brandanschlag vollständig zerstört. Am Abend zuvor hatte in den Räumen des LBH die Gründungsversammlung des KIPP für Nordsumatra stattgefunden. Schon während der Versammlung war es zu Protesten und Steinwürfen vor dem Haus gekommen. Obwohl die Täter, die mit Benzin gefüllte Flaschen in die Büroräume geworfen hatten, bis heute nicht bekannt, geschweige denn gefaßt sind, scheint ein Zusammenhang zwischen der KIPP-Gründung und dem Brandanschlag sehr naheliegend.

vgl. *Suara Pembaruan* 24.4.1996, *Forum Keadilan* 8., 22.4.1996, eigene Quellen

Zusammenstöße in Ujung-Pandang

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Armee-Einheiten ist es vom 22. bis 24.4. 1996 in Ujung-Pandang aus Anlaß der Fahrpreiserhöhungen für den Öffentlichen Nahverkehr gekommen. Mindestens drei Studenten sind als Folge des Militäreinsatzes zu Tode gekommen; aus Kreisen der Studenten wurde eine Zahl von sieben Todesopfern genannt. Zu den Protesten war es gekommen, als die Provinzregierung in Ausführung eines nationalen Gesetzes die Tarife für den öffentlichen Transport um bis zu 70 % erhöhte (von 300 auf 500 Rp.). Nach einem Treffen der Studenten mit dem Vizegouverneur am 22.4. versprach dieser am nächsten Tag eine Entscheidung über die Fahrpreiserhöhungen zu treffen. Als diese Entscheidung nicht veröffentlicht wurde, demonstrierten etwa 3000 Studenten vor der dem Campus der indonesischen Islamischen Universität (UMI), hielten ein Bus

der staatlichen Busgesellschaft an und blockierten damit die Hauptverkehrsstraße. Die dazukommenden Sicherheitskräfte versuchten, die Studenten zu einer Eingabe beim Regionalparlament zu bewegen. Nach Scheitern dieses Versuches setzten die Sicherheitsorgane bewaffnete Aufstandsbekämpfungseinheiten (*satuan anti huru-hara*) ein, die die Studenten nach einer mehrstündigen Straßenschlacht mit Schlagstöcken und Tränengas bis auf den Campus verfolgten. Nach Angaben des Militärs wurden 26 Studenten festgenommen. Andere Augenzeugen berichteten von 40 Festgenommenen, die zum Teil schwer verletzt gewesen sein.

Am nächsten Tag schlossen sich Studenten anderer Universitäten den Protesten an. Sowohl auf den Straßen als auch auf den Campus' mehrerer Hochschulen kamen es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Sicherheitskräften und Stu-

denten. Dabei wurden auch unbeteiligte Studenten und Dozenten niedergeschlagen und verprügelt. Am Mittwoch (25.4.) erlag das erste Opfer in einem Krankenhaus seinen Verletzungen, am darauffolgenden Tag wurden die Leichen von drei Studenten in dem Fluß gefunden, der den Campus der UMI begrenzt. Alle drei wiesen Spuren von Schlägen und Mißhandlungen auf. Ein Armeesprecher lehnte die Verantwortung für den Tod dieser Studenten ab, da sie auf der Flucht vor anderen Studenten, die sie wegen ihrer Nichtbeteiligung an den Demonstrationen mit Steinen beworfen hätten, im Fluß ertrunken seien.

Die Nationale Menschenrechtskommission KOMHAMNAS unter ihrem Generalsekretär Baharuddin Lopa nahm wenige Tage nach den Unruhen Gespräche mit allen Beteiligten auf. Sowohl bei den Studenten als auch bei der Armee geht man davon aus, daß Aktionen von agents provocateurs zum Ausbruch der gewaltsamen Ausein-

dersetzungen geführt haben. Während die Armee von einer dritten Partei ausgeht, die die Aktion von langer Hand vorbereitet hat, um einen Keil zwischen Studenten und ABRI zu treiben (so der kommandierende General des Gebietskommandos, Fachrul Razi), sehen Studenten und andere Beobachter die Provokateur eher in den Reihen von ABRI selber. Sensibilisiert durch die Vorgänge in Irian Jaya und Osttimor hat die militärische Führung bereits eine Untersuchung des militärischen Vorgehens angekündigt und die Möglichkeit von Fehlern und Überreaktionen auf Seiten der Einsatzkräfte zugegeben.

Währenddessen haben die Unruhen in Ujung-Pandang zu einer breiten Solidarisierungswelle in ganz Indonesien geführt. Studenten vieler Universitäten haben Solidaritätsdemonstrationen und Gedenkanden für die Opfer der Unruhen abgehalten.

vgl. *Tempo Online* 09/01, 30.4.1996; *Forum Keadilan* 20.5.1996; *Jawa Pos* 1.5.1996